



Schweiz bei Bildungsausgaben Mittelmass

Sparhammer an Schulen: Neue OECD-Studie rückt Investitionen in den Unterricht in ein neues Licht

VON YANNICK NOCK

Diese Woche meldeten die Zeitungen hoch erfreut: «Wir gehören bei den Bildungsausgaben zur Weltspitze» und: «Nur ein Land investiert mehr in seine Schüler als die Schweiz.» Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Zwar weist der neuste Bildungsbericht der OECD die Schweiz tatsächlich auf dem zweiten Platz aus, was die Ausgaben pro Schüler angeht. Nur Luxemburg ist besser. Doch ein vertiefender Blick in die Studie offenbart Ernüchterndes: Wird die wirtschaftliche Kraft der Länder berücksichtigt, liegt die Schweiz nicht mehr auf Augenhöhe mit dem Klassenprimus, sondern rückt weit nach hinten, bis unter den OECD-Durchschnitt. Norwegen, Korea und die USA, aber auch Länder wie Südafrika, Mexiko und Brasilien liegen vor der Schweiz (siehe Tabelle). «Erst wenn die Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ge-

setzt werden, hat der Ländervergleich Aussagekraft», sagt auch Urs Moser, Bildungsforscher an der Universität Zürich.

Vor diesem Hintergrund fallen die angekündigten Kürzungen an den Schulen noch stärker ins Gewicht. Die Deutschschweizer Kantone wollen in den nächsten drei Jahren eine halbe Milliarde einsparen. Dagegen haben die Lehrer diese Woche heftig protestiert: «Der Kahlschlag gefährdet die Schweizer Schulen massiv», warnte der Lehrerverband. «Darunter leiden Lernende und Lehrende.» Treffen würde die Sparwut vor allem die sehr schwachen und sehr starken Kinder, sagt Lehrpräsident Beat Zemp. Auch Schüler mit Migrationshintergrund gehörten zu den Verlierern.

GEMÄSS EINER AUSWERTUNG des Lehrerverbands sind fast alle Kantone von finanziellen Abstrichen oder Unterrichtsabbau betroffen. Allein in Zürich und im Wallis werden 160 Millionen Franken eingespart. Doch wie und wo die Schulen eingeschränkt werden, ist offen. Die Kanto-

nen setzen zuletzt auf unterschiedliche Massnahmen:

> Luzern will Gymisüler zu einer zusätzlichen Ferienwoche zwingen. Was verlockend klingt, stösst auf Unverständnis. «Es ist nicht fair, dass wir Schüler für die misslungene Steuerpolitik den Kopf hinhalten müssen», sagt ein Schülervertreter. Die Jugendlichen wissen, dass sie trotz Ferien gleich viel Stoff pauken müssen. Es sind nicht die einzigen Misstöne: Weil die Regierung eine 140 Jahre alte Grafikerschule wegsparen will, starteten 3000 Personen eine Petition.

> Der Thurgau lancierte gar die Idee, dass alle Eltern künftig Schulgeld zahlen müssen. Der Lehrerverband hat bereits eine Beschwerde vor Bundesgericht angekündigt, sollte es so weit kommen.

> Im Aargau und weiteren Kantonen hat die Regierung Massnahmen angekündigt: In einigen Fächern könnten Lektionen wegfallen. Betroffen sind unter anderem Latein, die Turnstunde oder der Werkunterricht. Ausserdem soll das Berufswahljahr komplett gestrichen wer-

den und der Instrumentalunterricht an einigen Mittelschulen künftig etwas kosten. Im Aargau sammelten Elternverbände in nur zwei Wochen 7239 Unterschriften gegen das Sparprogramm.

DIE KÜRZUNGEN kommen ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die Schülerzahlen erstmals wieder steigen. Die Lehrer organisieren nun schweizweit Protestaktionen. So streben die Baselbieter Pädagogen beispielsweise eine Musterklage gegen pauschale Lohnkürzungen an. Auch die Luzerner Lehrkräfte haben sich zu einer Allianz formiert.

Die Lehrerlöhne machen einen Grossteil der Bildungsausgaben aus. Im internationalen Vergleich zählen sie ebenfalls zu den höchsten. Lehrpräsident Zemp hebt allerdings hervor, dass Personen mit gleichwertiger Ausbildung in anderen Berufen deutlich mehr verdienen würden. Ein guter Lohn sei auch wegen der anstehenden Pensionierungswelle wichtig. Zemp befürchtet, dass sonst potenziell gute Lehrpersonen lie-

ber einen anderen Beruf wählen. Auch Bildungsforscher Urs Moser plädiert für Sparmassnahmen, die keine einzelnen Fächer oder Schulen treffen. Er will die Kinder anders verteilen. «Ein oder zwei Schüler mehr pro Klasse können die Lehrer ohne Qualitätsverlust auffangen», sagt er. Zudem rechnet er damit, dass Heilpädagoginnen in Regelklassen deutlich weniger zum Einsatz kommen.

In einigen Kantonen habe man lange versucht, die Schulen zu schonen, sagt der Präsident der Erziehungsdirektoren, Christoph Eymann, im «Tages-Anzeiger». «Nun ist der Druck zu gross geworden.» Der Anteil der Ausgaben am BIP beträgt seit 25 Jahren 5 Prozent. Allerdings blähen zwei Faktoren das Schweizer BIP auf: Erstens umsatzstarke Wirtschaftszweige wie die Rohstoffbranche und der Finanzplatz, ohne dass eine klassische Wertschöpfung daraus fliesst. Zweitens sorgt der starke Franken für einen hohen Wert. Diese Faktoren tragen dazu bei, dass die Ausgaben seit Jahrzehnten bei 5 Prozent stagnieren.